

**Antrag 32/II/2022****KDV Friedrichshain-Kreuzberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Vergütung für Beschäftigte bei Freien Trägern aufwerten – Refinanzierung sicherstellen! Arbeitsbedingungen für Beschäftigte im Sozialwesen bei Freien Trägern endlich aufwerten**

- 1 • Die Mitglieder der SPD-Fraktion im Abgeordneten-
- 2 haus und die SPD-Mitglieder im Berliner Senat sind
- 3 aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass alle Be-
- 4 schäftigten bei Freien Trägern im Berliner Sozialwe-
- 5 sen eine Entlohnung auf dem Niveau des Tarifver-
- 6 trages für den öffentlichen Dienst der Länder erhal-
- 7 ten, um dem Grundsatz gleicher Lohn für gleiche Ar-
- 8 beit endlich gerecht zu werden.
- 9 • Die Mitglieder der SPD-Fraktion und die SPD-
- 10 Mitglieder im Senat sind dazu aufgefordert, ein
- 11 Gesetz zu verabschieden, welches Zuwendungen
- 12 ausschließlich an solche Zuwendungsempfänger-
- 13 de vorsieht, die die durch die Zuwendung finan-
- 14 zierten Beschäftigten entsprechend eines Tarifver-
- 15 trages (Haustarif, Branchentarif, TV-L) vergüten. Zur
- 16 Gewährleistung sind die jeweiligen Tarifanpassun-
- 17 gen verpflichtend seitens der Verwaltung und des
- 18 Senates zeitnah und vollständig bereits prospek-
- 19 tiv in der jeweiligen Zuwendung zu berücksichtigen
- 20 und in den Haushalt einzustellen.
- 21 • Darüber hinaus ist die gesetzliche Grundlage da-
- 22 für zu schaffen, dass Komplexträgern auch in ei-
- 23 ner Mischfinanzierung (z.B. aus Entgelten und Zu-
- 24 wendungen) eine Bezahlung aller Beschäftigten auf
- 25 dem Niveau des TV-L durch verbindliche Refinanzie-
- 26 rungszusagen ermöglicht wird. Eine Entlohnung auf
- 27 diesem Niveau muss das klare und absehbare poli-
- 28 tische Ziel sein.
- 29 • Des Weiteren werden die Mitglieder der SPD-
- 30 Fraktion im Abgeordnetenhaus und die SPD-
- 31 Mitglieder im Berliner Senat dazu aufgefordert,
- 32 gemeinsam mit Arbeitnehmer\*innenvertretungen
- 33 und der LIGA Berlin aktiv an einer Refinanzie-
- 34 rung von sog. Overhead-Kosten / Gemeinkosten
- 35 zu arbeiten und dabei die vorliegenden Konzep-
- 36 te und Vorschläge der freien Wohlfahrtspflege
- 37 mit einzubeziehen. (Vgl. [https://www.paritaet-](https://www.paritaet-berlin.de/publikationen-paritaet-berlin/detail/die-zuwendungspraxis-vereinfachen)
- 38 [berlin.de/publikationen-paritaet-berlin/detail/die-](https://www.paritaet-berlin.de/publikationen-paritaet-berlin/detail/die-zuwendungspraxis-vereinfachen)
- 39 [zuwendungspraxis-vereinfachen](https://www.paritaet-berlin.de/publikationen-paritaet-berlin/detail/die-zuwendungspraxis-vereinfachen) oder [https://vs-](https://vs-ka.de/der-verband/positionen/fachlichkeit-statt-zuwendungs-buerokratie/)
- 40 [ka.de/der-verband/positionen/fachlichkeit-statt-](https://vs-ka.de/der-verband/positionen/fachlichkeit-statt-zuwendungs-buerokratie/)
- 41 [zuwendungs-buerokratie/](https://vs-ka.de/der-verband/positionen/fachlichkeit-statt-zuwendungs-buerokratie/)).
- 42 • Im Haushaltsplan 2024/2025 ist ausreichend Vorsor-
- 43 ge zu treffen, um die durch die geforderten Maßnah-
- 44 men entstehenden Mehrausgaben zu abzubilden.

**47 Begründung****Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)****„Vergütung für Beschäftigte bei Freien Trägern aufwerten – Refinanzierung sicherstellen!“**

Die Mitglieder der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und die SPD-Mitglieder im Berliner Senat sind aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die tausenden Beschäftigten bei Freien Trägern im Berliner Sozialwesen eine Entlohnung auf dem Niveau des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Länder erhalten, um dadurch dem Grundsatz gleicher Lohn für gleiche Arbeit endlich gerecht zu werden.

Die Mitglieder der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und die SPD-Mitglieder im Senat sind dazu aufgefordert, die gesetzliche Grundlage dafür zu schaffen, dass Komplexträgern auch in einer Mischfinanzierung (z.B. aus Entgelten und Zuwendungen) eine Bezahlung aller Beschäftigten auf dem Niveau des TV-L durch verbindliche Refinanzierungszusagen ermöglicht wird. Eine Entlohnung auf diesem Niveau muss das klare und absehbare politische Ziel sein.

Die Mitglieder der SPD-Fraktion im Bundestag und die SPD Mitglieder in den Bundesministerien sind dazu aufgefordert, bei bundesfinanzierten Projekten und Zuwendungen eine Refinanzierung der entsprechenden Löhne bis zum Niveau des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD) sicherzustellen, sodass eine einheitliche Entlohnung auf einem angemessenen Niveau unabhängig vom Zuwendungsgeber (Kommune/Bezirk, Land, Bund) sichergestellt wird.

Darüber hinaus, sind die Mitglieder der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und die SPD-Mitglieder im Senat dazu aufgefordert, ein Gesetz zu verabschieden, welches Zuwendungen ausschließlich an solche Zuwendungsempfänger vorsieht, welche die durch die Zuwendung finanzierten Beschäftigten entsprechend eines Tarifvertrages vergüten. Zur Gewährleistung sind die jeweiligen Tarifanpassungen verpflichtend seitens der Verwaltung und des Senates zeitnah und vollständig bereits prospektiv in der jeweiligen Zuwendung zu berücksichtigen und in den Haushalt einzustellen.

Des Weiteren werden die Mitglieder der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und die SPD- Mitglieder im Berliner Senat dazu aufgefordert, gemeinsam mit Arbeitnehmer-

48 Bereits seit einigen Jahren sind die zum Teil eklatanten  
49 Gehaltsunterschiede zwischen Beschäftigten im öffent-  
50 lichen Dienst und Beschäftigten in gleichen Beschäfti-  
51 gungsfeldern bei freien Trägern bekannt. Die Thematik ist  
52 dem Senat spätestens seit 2017 bekannt und immer wie-  
53 der wird Abhilfe zugesichert.

54 Auch die LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrts-  
55 pflege hat in einem Positionspapier zum neuen Doppel-  
56 haushalt deutlich gemacht, dass die Versuche aus der ver-  
57 gangenen Legislaturperiode, die Tariflücke zum öffentli-  
58 chen Dienst zu reduzieren, bisher nicht ausreichen und  
59 nicht in allen Bereichen der sozialen Arbeit angewandt  
60 werden können. Im Gegenteil sind durch die Einführung  
61 der SuE-Tabellen im TV-L die Unterschiede zu den Löhnen  
62 bei Freien Trägern wieder gewachsen.

63

64 Auf Seiten der Beschäftigten hat sich hierzu bereits die  
65 ver.di Kampagne „Freie Träger – Faire Löhne“ gegründet.  
66 Die Beschäftigten im Sozialwesen leisten in zahlreichen  
67 Bereichen und unzähligen Einrichtungen erstaunliche Ar-  
68 beit. Sie betreuen, pflegen, unterrichten, beraten und as-  
69 sistieren Menschen in vielen, oftmals prekären Lebensla-  
70 gen. Sie kümmern sich um Menschen unabhängig von Al-  
71 ter, sexueller Orientierung, Herkunft, Geschlecht oder so-  
72 zioökonomischer Herkunft.

73

74 Sie stellen die Kinderbetreuung sicher, assistieren Men-  
75 schen in der Eingliederungshilfe, sichern durch politische  
76 Bildung die Zukunft einer starken Demokratie, helfen bei  
77 der Integration von Geflüchteten, der Unterbringung von  
78 Wohnungs- und Obdachlosen und unterstützen Frauen in  
79 Fällen von akuter häuslicher Gewalt. Die Beschäftigten bei  
80 freien Trägern sind letztlich der soziale Kit, der unsere Ber-  
81 liner Gesellschaft zusammenhält.

82

83 Im Sozialwesen arbeiten Menschen mit hoher Identifi-  
84 kation, Motivation und Professionalität. Ihr Arbeitsalltag  
85 ist allerdings gezeichnet von unbefriedigender Bezahlung  
86 und oftmals prekären Beschäftigungsverhältnissen. Trä-  
87 ger müssen zum Teil Sachkostensteigerungen durch Re-  
88 duzierung von Stellenumfängen kompensieren, dies führt  
89 bei nahezu gleichzeitiger Arbeitsbelastung bei den Be-  
90 schäftigten fast zwangsläufig zu einem Qualitätsverlust  
91 in der Arbeit, um im Alltag bestehen zu können. Viele Be-  
92 schäftigte starten mit hohem Engagement und mit voller  
93 Kraft in den Beruf und finden sich nach einigen Jahren ge-  
94 stresst und ausgebrannt wieder.

95

96 Die hohe Teilzeitquote in weiten Bereichen der sozialen  
97 Arbeit befördert leider im Zusammenspiel mit der rela-  
98 tiv schlechteren Bezahlung die Gefahr der Altersarmut,  
99 vor allem weiblicher Altersarmut. In vielen Einrichtungen  
100 und Diensten fehlt Personal, was wiederum die Arbeitsbe-

vertretungen und der LIGA Berlin aktiv an einer Refinan-  
zierung von sog. „Overhead-Kosten“ oder Verwaltungsge-  
meinkosten zu arbeiten und dabei die vorliegenden Kon-  
zepte und Vorschläge der freien Wohlfahrtspflege mit ein-  
zubeziehen.

Im Haushaltsplan 2024/2025 ist ausreichend Vorsorge zu  
treffen, um die durch die geforderten Maßnahmen entste-  
henden Mehrausgaben abzubilden

#### Begründung

Bereits seit einigen Jahren sind die zum Teil eklatanten  
Gehaltsunterschiede zwischen Beschäftigten im öffentli-  
chen Dienst und Beschäftigten in gleichen Beschäfti-  
gungsfeldern bei freien Trägern bekannt. Die Thematik ist  
dem Senat spätestens seit 2017 bekannt und immer wie-  
der wird Abhilfe zugesichert.

Auch die LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrts-  
pflege hat in einem Positionspapier zum neuen Doppel-  
haushalt deutlich gemacht, dass die Versuche aus der ver-  
gangenen Legislaturperiode, die Tariflücke zum öffentli-  
chen Dienst zu reduzieren, bisher nicht ausreichen und  
nicht in allen Bereichen der sozialen Arbeit angewandt  
werden können. Im Gegenteil sind durch die Einführung  
der SuE-Tabellen im TV-L die Unterschiede zu den Löhnen  
bei Freien Trägern wieder gewachsen.

Auf Seiten der Beschäftigten hat sich hierzu bereits die  
ver.di Kampagne „Freie Träger – Faire Löhne“ gegründet.

Die Beschäftigten im Sozialwesen leisten in zahlreichen  
Bereichen und unzähligen Einrichtungen erstaunliche Ar-  
beit. Sie betreuen, pflegen, unterrichten, beraten und as-  
sistieren Menschen in vielen, oftmals prekären Lebensla-  
gen. Sie kümmern sich um Menschen unabhängig von Al-  
ter, sexueller Orientierung, Herkunft, Geschlecht oder so-  
zioökonomischer Herkunft.

Sie stellen die Kinderbetreuung sicher, assistieren Men-  
schen in der Eingliederungshilfe, sichern durch politische  
Bildung die Zukunft einer starken Demokratie, helfen bei  
der Integration von Geflüchteten, der Unterbringung von  
Wohnungs- und Obdachlosen und unterstützen Frauen in  
Fällen von akuter häuslicher Gewalt. Die Beschäftigten bei  
freien Trägern sind letztlich der soziale Kit, der unsere Ber-  
liner Gesellschaft zusammenhält.

Im Sozialwesen arbeiten Menschen mit hoher Identifi-  
kation, Motivation und Professionalität. Ihr Arbeitsalltag  
ist allerdings gezeichnet von unbefriedigender Bezahlung  
und oftmals prekären Beschäftigungsverhältnissen. Trä-

101 lastung der Beschäftigten vor Ort erhöht, die Gefahr von  
102 weiteren Ausfällen und hohen Krankenständen verstärkt  
103 und somit zu noch weniger Beschäftigten und noch mehr  
104 Druck führt.

105 Ohne eine wirtschaftliche und gesamtgesellschaftliche  
106 Aufwertung dieser Berufsfelder, wird es kurz- und mittel-  
107 fristig keinen Ausweg aus der aktuellen Situation geben.  
108 Die Folgen des Fachkräftemangels spüren viele Branchen,  
109 zum Beispiel auch der öffentliche Dienst. Allerdings ist die  
110 Situation bei Freien Trägern durch das niedrigere Tarifge-  
111 füge eben noch prekärer. Anteilig entgehen den Sozialkas-  
112 sen so auch wichtige Beiträge.

113 Besonders verstörend ist die aktuelle Bezahlung, wenn  
114 man einen Blick zurück wirft, denn bis in die 2000er Jahre  
115 galt der Bundes-Angestellentarifvertrag auch bei Freien  
116 Trägern als Leitwährung.

117 Gerade sogenannte Komplexträger mit einer Vielzahl von  
118 Dienstleistungsangeboten und ebenso diversen Finanzie-  
119 rungsformen müssen letztlich durch sichere politische Re-  
120 finanzierungszusagen dazu befähigt werden, eine Entloh-  
121 nung auf dem Niveau des TV-L an ihre Beschäftigten wei-  
122 terzugeben.

123

124 Vorbehalte der öffentlichen Stellen gegen eine Anglei-  
125 chung der Bezahlung, um den kommunalen Projekten  
126 und Einrichtungen im Wettbewerb um die Fachkräfte ei-  
127 nen Vorteil zu verschaffen, müssen aufgelöst werden. Der  
128 Fachkräftemangel in der Sozialwirtschaft darf nicht durch  
129 Lohngefälle auf dem Rücken der Beschäftigten ausgeführt  
130 werden. Es bedarf einer vielfältigen Trägerlandschaft im  
131 Sinne des Subsidiaritätsprinzips, in dem die Träger nicht  
132 durch Preisdumping und prekäre Arbeitsbedingungen um  
133 die nächste Zuwendung buhlen.

134 Es muss das Ziel der SPD sein, sich für eine gerech-  
135 te Entlohnung und für gute Arbeitsbedingungen für die  
136 Beschäftigten bei Freien Trägern im Berliner Sozialwe-  
137 sen einzusetzen. Eine starke Stimme der Beschäftigten in  
138 Form von aktiven und durchsetzungsfähigen Betriebsrä-  
139 ten muss ein Kernanliegen der Berliner Sozialdemokra-  
140 tie sein. Um diese Mitbestimmungsrechte von Arbeitneh-  
141 mer\*innen zu sichern, bedarf es daher auch einer ange-  
142 messenen Refinanzierung von Betriebsratsarbeit im Zu-  
143 wendungsbereich. Die effizienteste Lösung darüber führt  
144 voraussichtlich über eine Pauschale (z.B. in Höhe von 12%  
145 der Zuwendungssumme, wie es die Berliner LIGA bereits  
146 gefordert hat).

147 In Folge dieses Antrages müssen die Hindernisse im  
148 Zuwendungs-, Ausschreibungs- und Entgeltbereich analy-  
149 siert und anschließend umgehend abgebaut werden, um  
150 eine gleichwertige Entlohnung zu ermöglichen und eine  
151 Aufwertung der Arbeitsbedingungen bei Freien Trägern  
152 herbeizuführen.

153

ger müssen zum Teil Sachkostensteigerungen durch Re-  
duzierung von Stellenumfängen kompensieren, dies führt  
bei nahezu gleichzeitiger Arbeitsbelastung bei den Be-  
schäftigten fast zwangsläufig zu einem Qualitätsverlust  
in der Arbeit, um im Alltag bestehen zu können. Viele Be-  
schäftigte starten mit hohem Engagement und mit voller  
Kraft in den Beruf und finden sich nach einigen Jahren ge-  
stresst und ausgebrannt wieder.

Die hohe Teilzeitquote in weiten Bereichen der sozialen  
Arbeit befördert leider im Zusammenspiel mit der rela-  
tiv schlechteren Bezahlung die Gefahr der Altersarmut,  
vor allem weiblicher Altersarmut. In vielen Einrichtungen  
und Diensten fehlt Personal, was wiederum die Arbeitsbe-  
lastung der Beschäftigten vor Ort erhöht, die Gefahr von  
weiteren Ausfällen und hohen Krankenständen verstärkt  
und somit zu noch weniger Beschäftigten und noch mehr  
Druck führt.

Ohne eine wirtschaftliche und gesamtgesellschaftliche  
Aufwertung dieser Berufsfelder, wird es kurz- und mittel-  
fristige keinen Ausweg aus der aktuellen Situation geben.  
Die Folgen des Fachkräftemangels spüren viele Branchen,  
zum Beispiel auch der öffentliche Dienst.

Allerdings ist die Situation bei Freien Trägern durch das  
niedrigere Tarifgefüge eben noch prekärer. Anteilig ent-  
gehen den Sozialkassen so auch wichtige Beiträge. Beson-  
ders verstörend ist die aktuelle Bezahlung, wenn man ei-  
nen Blick zurück wirft, denn bis in die 2000er Jahre galt  
der Bundes-Angestellentarifvertrag auch bei Freien Trä-  
gern als Leitwährung.

Gerade sogenannte Komplexträger mit einer Vielzahl von  
Dienstleistungsangeboten und ebenso diversen Finanzie-  
rungsformen müssen letztlich durch sichere politische Re-  
finanzierungszusagen dazu befähigt werden, eine Entloh-  
nung auf dem Niveau des TV-L an ihre Beschäftigten wei-  
terzugeben.

Vorbehalte der öffentlichen Stellen gegen eine Anglei-  
chung der Bezahlung, um den kommunalen Projekten  
und Einrichtungen im Wettbewerb um die Fachkräfte ei-  
nen Vorteil zu verschaffen, müssen aufgelöst werden. Der  
Fachkräftemangel in der Sozialwirtschaft darf nicht durch  
Lohngefälle auf dem Rücken der Beschäftigten ausgeführt  
werden. Es bedarf einer vielfältigen Trägerlandschaft im  
Sinne des Subsidiaritätsprinzips, in dem die Träger nicht  
durch Preisdumping und prekäre Arbeitsbedingungen um  
die nächste Zuwendung buhlen.

Es muss das Ziel der SPD sein, sich für eine gerech-  
te Entlohnung und für gute Arbeitsbedingungen für die  
Beschäftigten bei Freien Trägern im Berliner Sozialwe-

154 Die vergangenen und gegenwärtigen Krisen haben uns  
155 verdeutlicht, wie wichtig die soziale, pflegerische und be-  
156 treuerische Arbeit für unsere Gesellschaft ist. Die kom-  
157 menden Wochen und Monate werden die Branche vor  
158 neue und bekannte Herausforderungen stellen. Nun ist  
159 es an der Zeit, die gesamtgesellschaftlich so relevante Ar-  
160 beit auch wirtschaftlich entsprechend zu honorieren und  
161 eine Gleichstellung zu den Beschäftigten im öffentlichen  
162 Dienst herzustellen.

163  
164  
165  
166  
167  
168  
169  
170  
171  
172  
173  
174  
175  
176  
177  
178  
179  
180

sen einzusetzen. Eine starke Stimme der Beschäftigten in Form von aktiven und durchsetzungsfähigen Betriebsräten muss ein Kernanliegen der Berliner Sozialdemokratie sein. Um diese Mitbestimmungsrechte von Arbeitnehmer\*innen zu sichern, bedarf es daher auch einer angemessenen Refinanzierung von Betriebsratsarbeit im Zuwendungsbereich. Die effizienteste Lösung darüber führt voraussichtlich über eine Pauschale (z.B. in Höhe von 12% der Zuwendungssumme, wie es die Berliner LIGA bereits gefordert hat).

In Folge dieses Antrages müssen die Hindernisse im Zuwendungs-, Ausschreibungs- und Entgeltbereich analysiert und anschließend umgehend abgebaut werden, um eine gleichwertige Entlohnung zu ermöglichen und eine Aufwertung der Arbeitsbedingungen bei Freien Trägern herbeizuführen.

Die vergangenen und gegenwärtigen Krisen haben uns verdeutlicht, wie wichtig die soziale, pflegerische und betreuerische Arbeit für unsere Gesellschaft ist. Die kommenden Wochen und Monate werden die Branche vor neue und bekannte Herausforderungen stellen. Nun ist es an der Zeit, die gesamtgesellschaftlich so relevante Arbeit auch wirtschaftlich entsprechend zu honorieren und eine Gleichstellung zu den Beschäftigten im öffentlichen Dienst herzustellen.